

## Gesundheit in der Illegalität

BERLINER ÄRZTE 1/2010, Seite 21

Im Rahmen einer Fragebogenaktion veröffentlichten Sie mehrere ausführliche Beiträge zum Thema „Illegale“. Befremdlich ist, dass Sie ausschließlich Fürsprecher einer einzigen Sichtweise zu Wort kommen lassen. Diese Herausforderung Andersdenkender veranlasst mich, einige Punkte zur kontroversen Diskussion zu stellen – entsprechend Herrn Hoff's Aussage, bis zu einem ‚Berliner Modell‘ müsse „noch viel diskutiert und gestritten werden“. Steht man auf dem Boden unseres Rechtsstaats und bedenkt die Folgen dieser Kampagne, so ergeben sich gravierende Probleme und Zweifel.

Illegale sind Illegale. Die gewählte Sprachregelung, aus Illegalen Illegalisierte zu machen, stellt das Rechtsverständnis auf den Kopf: Verantwortlich für ihren Status sind danach nicht die illegal Handelnden, sondern die boshaften anderen, die Gesellschaft und ihr Rechtsstaat. Diese Sprachregelung ist eine inhaltlich abgewandelte Neuauflage der alten und längst widerlegten These, Kriminelle seien lediglich von der Gesellschaft kriminalisierte Unschuldige, also stets Opfer.

Wie weit tragen Verbände, Ärztekammer und ein Staatsbeamter zur Erosion unse-

res Rechtsstaats bei, wenn sie eine klare Rechtslage mit moralisierenden Begründungen aushöhlen?

(...)

Welche Entwicklung wird unser Sozialsystem nehmen, das schon heute zu einem erheblichen Anteil schuldenfinanziert ist, wenn man ihm, wie es gefordert wird, die komplette medizinische Versorgung Hunderttausender Illegaler aufbürdet? Wer wird beim Kollaps haften? (...)

Geht es um altruistisches Verhalten der verlangenden Verbände und Ärzte? Nein. Es geht um eine rechtlich und finanziell abgesicherte zusätzliche Einnahmequelle. Altruistisch oder humanitär ließe es sich nur nennen, wenn sich die Akteure hier auf eigenes Risiko und auf eigene Kosten engagierten; oder aber, wenn sie sich einer der bewährten Hilfsorganisationen anschließen und in den Herkunftsländern der Illegalen respektable Arbeit leisteten, zumindest dafür spendeten. Wer dort tätig war, weiß, dass es den Zurückgebliebenen weitaus schlechter geht als den meisten Illegalen hierzulande. In diesem Rahmen würden auch die Rückkehrer vor Ort nicht nur medizinisch versorgt.

Dr. Jürgen Keller  
14193 Berlin

*Investitionsförderung*

## Berlin lädt zum Infomarkt

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Berlin veranstaltet jährlich im Frühjahr und im Herbst einen Infomarkt für ihre Mitglieder. Ärzte können sich hier zu allen KV-Bereichen von A wie Abrechnung bis Z wie Zulassung informieren. Sie können ihre Ansprechpartner der KV Berlin persönlich kennenlernen und individuelle Fragen direkt vor Ort besprechen. Der nächste KV-Infomarkt findet am

Mittwoch, dem 7. April 2010,

von 13 bis 18 Uhr

KV Berlin, Masurenallee 6A, 14057 Berlin (gegenüber Funkturm), statt.

Diesmal steht der Infomarkt unter dem Motto „Niederlassung, Nachfolge, Neuan-schaffung – Moderne Investitionsförderung für Arztpraxen“. Parallel zu den Infoständen, an denen Mitarbeiter der KV Berlin für persönliche Gespräche zur Verfügung stehen, gibt es auch wieder ein Vortragsprogramm. Hierzu wird u. a. die KfW-Bank ihr Investitionsförderungsprogramm vorstellen sowie Finanzierungsmöglichkeiten und -hilfen aufzeigen.

Daneben befassen sich weitere Vorträge mit dem Thema Neuniederlassung: „Überblick über verschiedene Kooperationsformen“ und „KV-Abrechnung richtig lesen und verstehen“.

Ein detailliertes Programm zum Infomarkt finden Interessierte unter: [www.kvberlin.de](http://www.kvberlin.de), „Termine“.